

INTERPELLATION von Ornella Ferro (Grüne, Uster), Esther Guyer (Grüne, Zürich) und Mitunterzeichnende

betreffend Missstände im Migrationsamt

Das Migrationsamt liefert seit Jahren Negativschlagzeilen: lange Wartezeiten bei Anträgen zu Aufenthaltsbewilligungen, unerledigte Pendenzenberge, verlorene Ausweisanträge, ungenügende telefonische Erreichbarkeit und unfreundliche Behandlung sowie Willkür bei der Behandlung von Dossiers im Asylbereich wurden dem Amt immer wieder vorgeworfen. Der Regierungsrat begründete die Probleme jeweils mit dem täglich sehr hohen Arbeitsanfall im Migrationsamt und der dementsprechend grossen Belastung der Mitarbeitenden. Eine Befragung im Jahr 2008 hat die Unzufriedenheit von rund der Hälfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestätigt. Mehrmals wurde vom Regierungsrat versichert, er habe die geeigneten Massnahmen zur Behebung der Probleme eingeleitet, indem Arbeitsabläufe überprüft und zusätzliches Personal eingestellt wurde.

Nun sind über einen profilierten Rechtsanwalt als Vertreter von Mitarbeitenden weitere Vorwürfe an das Migrationsamt gerichtet worden. Die Liste der Beanstandungen ist lang und umfasst zum Teil neue und gravierende Vorwürfe: von Führungsmissständen und Misswirtschaft über Willkür in der Dossierbearbeitung und schlechte Dienstleistungsqualität bis hin zur Verbreitung pornographischer Bilder über Email und Intranet.

Die Grünen begrüssen ausdrücklich, dass die von ihnen erhobene Forderung nach einer externen Durchleuchtung des Amtes vom Sicherheitsdirektor umgehend aufgegriffen und mit der Einsetzung einer externen Fachperson mittlerweile in die Wege geleitet wurde. Dennoch: Es bestehen nicht nur berechtigte Fragen, ob bisherige Schritte (interne Überprüfungen und Massnahmen) überhaupt wirkungsvoll stattgefunden haben und greifen können, um ein gegen innen wie aussen tragfähiges Funktionieren des Amtes sicherzustellen. Aufgeworfen wird angesichts der wiederholten Beschwerden und abhängig von den noch zu erstellenden Untersuchungsergebnissen insbesondere die bisherige Amtsführung und die weitere Tragbarkeit der heutigen Amtsleitung.

In Zusammenhang mit den neuesten Ereignissen wird der Regierungsrat daher um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Welche Massnahmen wurden vor Erhebung der neuen Vorwürfe vom 3. Mai 2010 unternommen, um die bereits bekannten Missstände zu beheben? Auf Grundlage welcher Überprüfungen und Untersuchungen waren diese Schritte geplant worden? (Bitte mit detaillierter Auflistung inkl. Umfang, Art und Zeitpunkt der eingeführten Massnahmen).
2. Welche Verbesserungen konnten mit diesen Massnahmen erzielt werden? Wie und mit welchen Ergebnissen wurde deren Wirkung überprüft und evaluiert? Welche Schlüsse wurden daraus gezogen?
3. Wie hat sich aufgrund dieser Massnahmen die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden verbessert? Wie (wenn überhaupt) wurde diese überprüft? Welche Schritte sind hier bereits geplant oder werden ins Auge gefasst?
4. Wie sind Verantwortung und Führung bezüglich Migrationsamt organisiert und wie werden sie konkret gelebt (1.) zwischen Sicherheitsdirektion und Amt, (2.) amtsintern über die verschiedenen Hierarchiestufen hinweg? Wie werden Arbeitsleistung, Arbeitszeit, Aufgaben- und Pflichterfüllung, Einhaltung von Regeln und dergleichen institutionell überprüft?

5. Im IT-Bereich wird der Vorwurf von Misswirtschaft erhoben. Genannt wurde die umgehende Ausserbetriebsetzung eines Archivsystems aufgrund mangelhafter Evaluation. Trifft das zu? Wenn ja, mit welchen Kostenfolgen für den Kanton?
6. Wie stellt sich der Regierungsrat zum Vorwurf, im Migrationsamt seien über längere Zeit pornografische Bilder heruntergeladen und verschickt worden? Welche Massnahmen sieht der Kanton Zürich für solche Fälle vor - für fehlbare Mitarbeitende direkt bzw. für deren Vorgesetzte?
7. Wo bzw. auf welcher Hierarchieebene liegt nach Ansicht des Regierungsrates die Verantwortung für die unterschiedlichen im Raum stehenden Vorwürfe, für deren Behebung und für Konsequenzen, die sich aus dieser jeweiligen Verantwortung ergeben?
8. Der Regierungsrat hat jetzt eine externe Untersuchung angeordnet. Die Resultate werden in einigen Monaten vorliegen. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass diese Massnahme ausreicht, um das Arbeitsklima für die Mitarbeitenden umgehend zu verbessern?

Ornella Ferro
Esther Guyer

M. Bischoff
M. Geilinger
L. Hübscher
S. Rihs

R. Brunner
L. Gubler
M. Kestenholz
M. Rohweder

H. Egli
U. Hans
H. Läubli
M. Welz

S. Feuillet
E. Hildebrand
R. Margreiter

C. Gambacciani
M. Homberger
F. Okopnik